

Der Münchner Dolchstoßprozeß.

August 1918 Deutschland vollständig erobert.
Die August 1919 fünf Millionen Amerikaner Kampfbereit.

München, 26. Okt.
Der heutige sechste Verhandlungstag im Münchner Dolchstoß-Prozeß brachte das erste Nachberichtigungsschreiben des Generals a. D. Hermann v. Kuhl, der Chef des Stabes bei der Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht war. General v. Kuhl fasste seine Einschauungen folgendermaßen zusammen:

„Das Wort vom Dolchstoß in dem vielgedruckten Sinne, als ob die Heimat dem Siegreichen Heere in den Rücken gefallen und als ob nur dadurch der Sieg verhindert worden wäre, trifft nicht zu. Wohl aber hat die von langer Hand vorbereitete Unterwerfung des Heeres erheblich zu dessen Besiegung beigetragen. Man sollte deshalb nicht von einem Dolchstoß, sondern von einer „Vergiftung“ sprechen. Wohl aber betrachtete ich es als einen Dolchstoß, daß die Revolution dem Heere in den Rücken fiel und dort Ordnung und Disziplin mit einem Schlag auslöste.“

Als die Gründe der deutschen Niederlage bezeichnete General v. Kuhl 1. die Blödheit, 2. den Erfahrungsmangel, 3. die numerische Überlegenheit des Feinds,namlich nach der Unkunft der Amerikaner, und 4. den Zusammendruck Bulgariens, der Türkei und Österreichs. Im Sommer 1918 waren wir mit dem Erzog so stärklich zu Ende, und das war deshalb ausschlaggebend, weil wir außerordentlich große Verluste hatten. In der Zeit vom 18. Juli bis 11. November 1918 verloren wir 420 000 Tote und verwundete und 840 000 Gefangene und Vermisste. Unter dieser letzten Gruppe befanden sich hunerttausende von Hahnenschnäppchen und Überläufern.

Nach den militärischen Niederlagen vom Juli und August 1918 war freilich an Sieg nicht mehr zu denken. Es handelte sich nur noch um Überprüfung der bevorstehenden Friedensbedingungen. Wir brauchten eine Atempause von nur wenigen Wochen, dann wären wir wieder voll kämpffähig gewesen. Die Frage ist, ob wir diese Atempause bekommen hätten. Ich glaube ja, denn auch die Ultimierten waren an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit. Die Atempause kam jedoch nicht, weil uns die Revolution im letzten Augenblick den Dolch in den Rücken stieß.

Von der Verteidigung werden an den Zeugen und Sachverständigen Kuhl verschiedene Fragen gerichtet, deren Beantwortung folgendes Bild ergibt: Die Truppe war im März 1918 nach Geist und Ausbildung ausgezeichnet. Sie hat während der Offensive dauernd tapfer gekämpft. Auch der Rückzug nach den Niederlagen vom 18. Juli und 8. August ist im allgemeinen noch in guter Haltung ausgeführt worden, doch machte sich nun der kolossale Abgang der Deserteure und Trübeberger geltend. „Wir waren uns bewußt, daß der Krieg verloren war, wenn die Offensive nicht gelang. Rückwärtige Stellungen waren am 8. August noch nicht gebaut.“

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Hirschberg, stellt eine Reihe von Fragen über den Umfang der gegnerischen Kriegsproduktion, über den Pferdemangel im deutschen Heere und die Überlegenheit der Tanks. Sachverständiger Kuhl befandet: Ein Tank war uns der Feind unangreifbar überlegen. Wichtig ist, daß wir nur etwa 90 Tanks hatten. Der Feind hatte damit einen nicht mehr einzuhaltenden Vorsprung.

Der Mannschaftsertrag in der vollen Höhe der Verluste wurde immer schwieriger. An der Front verlor infolge der Trübebergeretzung alles unter den Händen. Für Oktober und November 1918 stellte uns der Kriegsminister eine einmalige und vorübergehende Versorgung von 600 000 Mann, die großenteils aus der Kriegsindustrie herausgezogen werden sollten, zur Verfügung.

Auf den Vorhalt des Verteidigers Hirschberg erkennt der Sachverständige als richtig an, daß über 2 Millionen Amerikaner auf französischem Boden standen und bis Juli 1919 fünf Millionen angekündigt waren, sowie daß über 23 Millionen Amerikaner in die Liste der Wehrpflicht eingetragen waren.

Der nächste Zeuge, Landtagsabgeordneter Erich Kuttner war bei Kriegsausbruch zusammen mit Rosse und Heilmann Redakteur an der „Chemnitzer Volksstimme“. Er gibt in einem mehr als zweistündigen Vortrag ein zusammenhängendes Bild der Veränderungen, welche die Stimmung an der Front und unter den Mannschaften erfahren hat, äußert sich jedoch zu den Behauptungen der Kohmannschen Dolchstoßhefte und schiltierte schließlich die Unterredung, die er am Vormittag des 16. November 1918 auf der Redaktion des „Vorwärts“ mit dem als Zeugen im Saale anwesenden Bismarck-Marschall von Trotha hatte. Die „Chemnitzer Volksstimme“ hatte durch Kurt Eisner Verbindung mit dem bairischen Kriegsministerium und wurde am 28. Juli 1914 durch Eisner telefonisch informiert, der Ausbruch des Krieges sei unvermeidlich, weil Rußland sich in dem österreichisch-sibirischen Konflikt nicht neutral halten wolle. Bald nach Kriegsausbruch entschlossen sich Heilmann und Kuttner, dafür zu sorgen, daß sie zur Front abgingen, entgegen den Bitten Rosses. Der Zeuge Kuttner bat den austro-österreichischen Militärrat, der ihn für dienstuntauglich erklärt hatte, ihn für kriegsverwendungsfähig zu erklären. Die Sache wurde in Chemnitz bekannt und erregte um so mehr Aufsehen, als der damals an der „Chemnitzer Allgemeinen Zeitung“ tätige Reinhold Wulff einen Strafbahnhof zum Unfall nahm, den Kriegsdienst zu vermeiden. Der Zeuge Kuttner wurde mehrfach verwundet und Ende 1918 Redakteur des „Vorwärts“ sowie der „Sozialdemokratischen Zeitung“. In dieser Eigenschaft habe er Tausende von Büchern aller Truppengattungen erhalten, welche Flüsse führten über Wissensstände. Im Februar 1918 fand eine allgemeine Stimmenabstimmung statt, bei der, soweit ihm bekannt sei, etwa 120 000 Briefe von Kriegsteilnehmern zurückgehalten und geöffnet wurden. Der positive Inhalt der

Briefe an die „Sozialdemokratische Zeitung“ offenbarte eine wachsende Korruption in der Armee. Einzelne Offiziere ließen die Kommandogewalt aus, um sich Vorteile zu verschaffen. Der Zeuge führte eine Anzahl typischer Fälle an. Beschwerden seien nicht möglich gewesen. Zum Beispiel gibt es eine Mitteilung des Landtagsabgeordneten Heinrich Müller aus Hannover wieder. Dieser war einmal verwundet und deshalb zur Kappe gesommen. Als Mitglied einer sogenannten Rückenkommission rügte er, daß das Wahlrecht fehle, das der Kompanie zustünde. Es fand sich schließlich im Schweinetrotz bei dem Quartiermeister des Hauptmanns. Die Folge dieser Aktivität war für Heinrich Müller, daß er sofort von der Staffelformation zu einer schweren Waffenwerfer-Formation an die Front versetzt wurde. Eine immer wiederkehrende Klage war, man werde nicht als Mensch behandelt. So erregte der an die Urlauber herausgegebene Befehl: „Das Anlegen von Trauerschalen ist Unteroffizieren und Mannschaften verboten“ ungeheuer. Die Widerstände gewannen zunehmend an Umfang und hatten 1918 ein gewaltiges Maß erreicht.

Hinzu kam die Verheimlichung der Wahrheit vor der Heimat. So wurde in der Berliner Pressekonferenz u. a. mitgeteilt am 1. Mai 1917: England könne nach überzeugenden, vertrauenswürdigen Berichten nur zwei Monate aushalten; am 14. September 1917: Die amerikanischen Truppen senden seien vorerst „nur Bluff“; am 17. Mai 1918: Die in Frankreich befindlichen amerikanischen Truppen befinden sich auf rund 10 Divisionen, an der Front wären höchstens vier. Die Gesamtzahl aller auf französischem Boden befindlicher Amerikaner einschließlich aller Reserven sei höchstens 150 bis 200 000 Mann. Als Anfang Oktober 1918 die Mitteilung kam, der Krieg sei verloren, war der Sturm in der Pressekonferenz ungeheuer, besonders bei den Vertretern der Rechtespresse. Es handelte sich um eine Stimmungskatastrophe.

Kohmanns Dolchstoßhefte bezeichneten der Zeuge als vom offiziell historischen Standpunkt aus als unbrauchbar. Kohmann selbst habe beim Eisner-Prozeß den Griff der Fälschung definiert und nach dieser von Kohmann selbst ausgegebenen Definition sei es unzweifelhaft, daß die Dolchstoßhefte Fälschungen enthalten. Eine literarische Fälschung dieser Art sei es, wenn dem verstorbenen Konrad Adenauer ein Beitrag im „Handbuch der Politik“ verdrängt wurde. Dagegen habe Adenauer sich noch selbst zur Wehr setzen können. Eine Fälschung sei auch das aus dem Zusammenhang herausgerissene Zitat aus dem „Vorwärts“, Deutschland solle seine Kriegsflagge strecken.

Nach einem von den Süddeutschen Monatsheften aufgenommenen Zitat der „Kreuzzeitung“ soll der sozialdemokratische Gewerkschaftssekretär Kampich in einer Wahlversammlung 1921 zugegeben haben, daß die Front von hinten erobert worden sei. In Wahrheit hat Kampich erklärt, selbst wenn er einmal die Dolchstoßklage für wahr unterstellen wolle, dann seien die Dolchstoßler nicht die mit den Achselklappen, sondern die mit den Achselklappen gewesen.

Mit Ausnahme der aftenmäßigen Darstellungen berichteten die beiden Dolchstoßhefte nichts Neues. Jeder Kenner sei dieses Material bekannt, denn es seien immer wieder dieselben fünf bis sechs „Großen“: Herr Bauer in Magdeburg, Emil Barth, Wolfgang Breitscheid usw., die einem entgegengehalten werden. Mehr Material habe man eben nicht, das sei deutlich. Der Verband nationalgefechteter Soldaten habe am 4. Februar 1922 aufgerufen, Beiträge zum Dolchstoßproblem beizubringen. Dafür sei nichts eingelaufen.

Bei Ausbruch der Revolution waren die Vorgänge bei der Flotte noch so gut wie unbekannt. Ein führender sozialdemokratischer Landtagsabgeordneter, dessen Sohn bei der Marine diente, hat seinem Vater am 1. und 2. November ausführlich über die Vorgänge geschrieben. Der Brief begann mit dem Satz: „Lieber Vater, es bedarf keines Beweises mehr. Wir haben es alle gefühlt, daß es unsere letzte Fahrt gewesen wäre. Daher instinktiv die Gehorsamsverweigerung auf einigen Schiffen.“ Diesen Brief las Kuttner, und auf Grund dieses Briefes veröffentlichte er am 14. November im „Vorwärts“ einen Artikel unter der Überschrift: „Wie es kam.“ Daraufhin brachte die „Börsische Zeitung“ weitere Belege über die geplante Flottenaktion. Am 18. November vormittags erschien nun Admiral von Trotha beim Zeugen, begleitet von einem anderen Offizier. Der Eindruck, den Trotha auf den Zeugen machte, rief tiefes menschliches Mitgefühl in ihm hervor. Letztlich war Trotha dem Zeugen in Fragen und Antworten aus, so daß der Zeuge den Eindruck hatte, er wolle sterben. Trotha sagte dem Zeugen, sein Artikel vom 14. November entspreche nicht den Tatsachen. Auf die Frage, ob mit der Flotte nur ein Mandat geplant gewesen sei, erwiderte Trotha, das könne man nicht sagen, denn, wenn man einmal außerhalb der Minen- und Minenstreife auf offener See sei, könne es immer einmal zur Schlacht kommen. Der Zeuge fragte darauf: Wollten Sie denn einen englischen Angriff? Trotha erwiderte: Nein, den wollten wir nicht. Grissen aber die Engländer an, dann hätten wir die U-Boote erforderlichenfalls zur Verfügung. Der Zeuge hatte den Eindruck, daß die Darstellung des Admirals von Trotha nicht zutreffend sei, daß vielmehr ein Angriff mit der Flotte geplant war. Er legte nun eine Formulierung auf, die gewissermaßen ein Kompromiß zwischen den Behauptungen Trothas und den Wutauspuffungen Kuttners darstellte. Dieses Kompromiß akzeptierte Trotha seufzend mit der Bemerkung, es sei darin noch viel zu viel von Aggressionsabsichten die Rede, aber er sehe ein, daß er dem Zeugen nicht mehr aufführen könne.

Summt Beleg dafür, daß das Kriegsministerium die geplanten Flottenaktion nicht unterrichtet war, führt der Zeuge an, der Chefsabteilung des „Vorwärts“ Stamps ist Untergang November 1918 von Staatssekretär Scheibermann in die Reichsleitung berufen worden. Dort hat Scheibermann ihm gefragt, ob Matrosen seien offenbar verläßt geworden. Sie glauben, es solle eine Seeschlacht geliefert werden. Die Marineleitung habe ihm überwiegend, die Befürchtungen seien unbegründet und niemand denke an eine Seeschlacht und habe an eine Seeschlacht gedacht.

Die nun Fragen an den Zeugen gerichtet werden wird die Verhandlung wegen der fortgesetzten Stunde auf morgen, Dienstag, 1/2 Uhr, vertagt. Geleide sind noch als Zeugen für morgen die sozialdemokratische Parteiführer Otto Welti, Landsberg und Scheibermann.

Das endgültige Ergebnis der Berliner Stadtverordnetenwahlen.

Das endgültige Ergebnis der Stadtverordnetenwahlen ist das folgende: Zahl der Wahlberechtigten 2 995 008, abgegebene Wahlzettel 124, ungültige Stimmen 16 658, gültige Stimmen 1 833 115. Der Wahlquotient ist 8236. Von den gültigen Stimmen haben erhalten:

	Runden
Sozialdemokraten	804 704 75 (4)
Deutsche Nationalsozialisten	885 826 47 (42)
Deutsche Volkspartei	111 482 18 (33)
Kommunisten	847 882 48 (20)
Demokratische Partei	171 961 31 (17)
Wirtschaftspartei	73 264 9 (12)
Zentrumspartei	68 266 7 (8)
Unabhängige Sozialisten	14 608 2 (4)
Deutsche Volkspartei	27 584 5 (1)
Deutsche Soziale Partei	25 200 3 (1)
Evangelischer Gemeinschaftsbund	17 161 2 (0)
Arbeiterpartei	627
Arbeiterpartei	627
Deutsche Nationalsozialistische Partei	147
Der Sparerbund	4 101
Nationalsozialistische Reichspartei	1 308
Deutsche Mittelstandspartei	2 479
Deutsche Arbeitnehmerpartei	554
Nationalökonomische Vereinigung	648
„Enthobene“ Demokraten	164
Partei für Freiheit und Gerechtigkeit u. Bodenreform	1 249

Berausichtliche Verteilung der Mandate.

Sozialdemokratische Partei 74, Unabh. Sozialdemokraten 3, Kommunisten 42, Deutsche Nationalsozialistische Partei 14, Demokraten 21, Wirtschaftspartei 9, Zentrum 8, Börsische 3, Deutsches 3, Evangelischer Gemeinschaftsbund 2.

Der Termin für die Räumung Kölns noch nicht festgesetzt.

London, 26. Okt. Wie Meuter erklärt, kann, bevor nicht die Botschafterkonferenz, die morgen in Paris zusammentritt, ihre Beratungen über die Entwaffnung Deutschlands und die legitime deutsche Note abgeschlossen hat und bevor nicht das ordentliche Verfahren zu Ende geführt ist, irgend eine endgültige Entscheidung über den Zeitpunkt der Räumung der Kölner Zone nicht gefällt werden.

Daily Express läßt sich aus Köln melden, es besteht für dieses Jahr keine Aussicht auf Räumung der Kölner Britenkopfes. Eine Erfahrung des Westbadens Gebietes, in daß die Besetzung überlebt soll, wird wahrscheinlich diese Woche beginnen. Es besteht die Aussicht, daß, wenn der Locarnopakt im Dezember unterzeichnet worden sei, die Räumung Mitte Januar beginnen zu lassen. Gleichzeitig werde keine große Verminderung in der Stärke des britischen Besatzungsheeres vorgenommen werden, da es bereit unter der im Vertrag festgelegten Stärke sich bewegen.

Die drei Möglichkeiten der badischen Regierungsbildung.

Karlsruhe, 26. Oktober. Die Bildung der badischen Regierung wird nach den gesetzlichen Bestimmungen Lage nach den Wahlen durch den badischen Landtag erfolgen. Es ist mit drei Möglichkeiten zu rechnen. Die bisherige Koalition des Zentrums, der Demokraten und der Sozialdemokraten könnte weiter bestehen bleiben. Diese Koalition verfügt sogar über eine Zweidrittelmehrheit. Man glaubt jedoch eine Regierungskoalition mit der Deutschen Volkspartei oder Lösung von den Sozialdemokraten vorzubereiten. Eine solche Koalition aus Zentrum, Demokraten, Wirtschaftspartei und Deutscher Volkspartei würde über 43 von insgesamt 72 Stimmen, also über eine hinreichende Majorität, verfügen. Die dritte Möglichkeit liegt in der Schaffung der großen Koalition durch Einbeziehung der Deutschen Volkspartei in die bisherige Koalition. Da die Entscheidung beim Zentrum liegt, erwartet man mit Spannung den Beschuß dieser Fraktion.

Entschädigungsforderungen der Franzosen für Damaskus.

Paris, 26. Oktober. Nach einer Meldung der Pariser Ausgabe der Daily Mail aus Jerusalem sollen die französischen Behörden von den Aufständischen in Damaskus eine Entschädigung von 17 Millionen Francs für die bei den jüngsten Plünderungen angerichteten Schäden sowie die Auslieferung von 8000 Geiseln binnen sechs Tagen gefordert haben.

Marokkokriegsbericht.

Paris, 26. Oktober. Habas berichtet aus Yes: Nach einer Nachricht aus spanischer Quelle habe Abd el Krim nach Targuist alle Führer zusammenberufen, um von ihnen die Erhebung neuer Truppen zu verlangen, die zum größten Teil zu einer Aktion gegen die Spanier bei Tafila verendet werden sollen. — Wie ein Bericht aus Tangier besagt, steht autorisierte Kreise das Gericht in Abrede, das in Melilla verbreitet war, Abd el Krim sei nach Tangier gereist, um Friedensverhandlungen einzufordern. In der Gegend von Tangier herrsche vollständige Ruhe.